

Presseaussendung, 1.8.2022

Behindertenanwaltschaft fordert Teuerungsausgleich für Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen sind in Österreich statistisch gesehen stärker armutsgefährdet als der Durchschnitt der Bevölkerung. Die Teuerung trifft sie aktuell besonders stark. Behindertenanwalt Hansjörg Hofer fordert daher eine 13. Auszahlung der Mindestsicherung für alle betroffenen Menschen.

Bei der Behindertenanwaltschaft melden sich aktuell viele Personen mit Behinderungen, aber auch deren Angehörige, die große Sorge haben, die täglichen Ausgaben in den nächsten Monaten decken zu können. Viele betroffene Menschen haben beispielsweise einen erhöhten Bedarf an persönlichen Dienstleistungen oder Sanitätsartikeln. Auch die gestiegenen Treibstoffpreise wirken sich aus, da Menschen mit Behinderung häufig auf den individuellen Transport mit dem Auto angewiesen sind.

Behindertenanwalt Hansjörg **Hofer**: „Die von der Bundesregierung beschlossenen Einmalzahlungen bringen nur kurzfristige Erleichterung und sind nicht sozial treffsicher. Ich plädiere für eine 13. Auszahlung der Sozialhilfe beziehungsweise Mindestsicherung für Menschen mit Behinderungen. Damit erreichen wir einen Teuerungsausgleich, der sozial gerecht ist und anhaltend wirkt.“

Die Umsetzung der Forderung ist laut Behindertenanwaltschaft mit einer einfachen Änderung der Sozialgesetzgebung möglich. Betroffen wären nach Schätzungen 70.000 Bezieher:innen von Sozialhilfe. Derzeit liegt die Sozialhilfe für einen Einpersonenhaushalt bei 978 Euro im Monat. Das Budgetvolumen für diese Maßnahme würde somit rund 60 Millionen Euro jährlich ausmachen.

Behindertenanwalt Hansjörg **Hofer**: „Menschen mit Behinderungen dürfen beim Teuerungsausgleich nicht vergessen werden. Im Vergleich zu den Hilfen, die insgesamt 2022 beschlossen wurden, sind 60 Millionen Euro ein überschaubarer Betrag, der eine besonders armutsgefährdete Gruppe unterstützen würde, ihre persönlichen Ausgaben leichter zu decken.“

Über die Behindertenanwaltschaft

Die Behindertenanwaltschaft ist eine unabhängige staatliche Stelle, um Menschen mit Behinderung bei Diskriminierung zu beraten und zu unterstützen – im täglichen Leben und in der Arbeitswelt.

Rückfragen

Dr. Hansjörg Hofer

Anwalt für Gleichbehandlungsfragen für Menschen mit Behinderung

Babenbergerstraße 5, 1010 Wien

Tel: 01/71100-86 2220

E-Mail: hansjoerg.hofer@sozialministerium.at

www.behindertenanwalt.gv.at